

urgewald e.V. Von-Galen-Str. 4 48336 Sassenberg

Ministerpräsident Winfried Kretschmann  
Staatsministerium  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Heffa Schücking  
Von-Galen-Str. 4  
48336 Sassenberg

**Antworten bitte an:**

Sebastian Rötters  
urgewald Büro Berlin  
Marienstr. 19/20  
10117 Berlin  
Tel: 030 - 28482271  
[sebastian@urgewald.org](mailto:sebastian@urgewald.org)

05. Dezember 2016

**Betreff: Blutkohle bei EnBW – Ihr Einfluss ist gefragt**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

wir schicken Ihnen heute die ersten 2.000 Unterschriften von Menschen, die fordern „Schluss mit der Blutkohle!“. Sie wollen nicht akzeptieren, dass die *EnBW* immer noch Kohle bei Unternehmen kauft, die mit schwersten Menschenrechtsverbrechen in Verbindung gebracht werden. Die Bilanz von 55.000 Vertriebenen, 3.100 Ermordeten und 240 Verschwundenen in der kolumbianischen Kohleregion Cesar ist verheerend. Die Täter - ehemalige Paramilitärs - haben ausgesagt, dass sie über Jahre von den Kohleproduzenten *Drummond* und *Prodeco* finanziert worden seien. Beide gehören seit Jahren zu den wichtigsten Lieferanten der *EnBW*.

Vielleicht erinnern Sie sich, dass wir uns mit dem Thema bereits 2013 an Sie gewandt haben. In der Folge gab es Gespräche mit der Landesregierung und mit der *EnBW*. Wir haben das Thema intensiv mit dem Unternehmen diskutiert und 2015 eine gemeinsame Fact Finding Mission nach Kolumbien unternommen. Die *EnBW* hat dabei immer wieder die Position vertreten, dass sie den Abbruch der Geschäftsbeziehungen für wenig hilfreich halte und eher auf einen konstruktiven Dialog mit den Kohle-Produzenten setze.

Jedoch hat dieser „konstruktive Dialog“ keineswegs zu einer Verbesserung der Situation vor Ort beigetragen. Im Gegenteil – die Menschenrechtslage in der Kohleregion Cesar hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Drohungen und Übergriffe gegen Gemeindevertreter, Menschenrechtler, Gewerkschafter und Vertriebene nehmen wieder zu. Trauriger Höhepunkt war die Ermordung des Gemeindesprechers Néstor Martínez am 11. September 2016. Er war ausgewiesener Gegner der Drummond-Expansionspläne und setzte sich für die Opfer von Vertreibung durch Paramilitärs ein. Die holländische Friedensorganisation *PAX* hat diese Gewalt in der Studie „*Civil society under threat*“ dokumentiert, von der zwischen 2012 und September 2016 mehr als 200 Menschen in Cesar betroffen waren.

Für die Betroffenen wäre eine klare Positionierung der Kohlekonzerne und ihrer Geschäftspartner in Europa gegen die Gewalt eine wichtige Unterstützung. Es würde den paramilitärischen Tätern die Legitimationsgrundlage entziehen. Denn sie behaupten, die Interessen der Bergbaukonzerne zu verteidigen. Bislang distanzieren sich *Drummond* und *Prodeco* jedoch nur halbherzig und auf äußeren Druck öffentlich von der Gewalt.

Im Unterschied zur *EnBW* zeigen andere Energieversorger, wie der eigene Einfluss tatsächlich vergrößert und genutzt werden kann. *DONG Energy* aus Dänemark hat *Drummond* schon 2006 und *Prodeco* seit dem Frühjahr 2016 von der Lieferantenliste gestrichen. Neue Geschäftsbeziehungen sollen erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Vorwürfe untersucht und konkrete Maßnahmen zugunsten der Opfer eingeleitet worden sind. Der italienische Energieversorger *ENEL* hat auf seiner Hauptversammlung 2016 versprochen, die Menschenrechtsverletzungen in Cesar prüfen zu lassen und sich *DONG* anzuschließen, wenn die Ergebnisse negativ seien. Die *Steag* bezieht zur Zeit keine Kohle von *Drummond* und *Prodeco*. *Vattenfall* schließt dies aktuell zumindest für die deutschen Kraftwerke aus. Auch wenn *Steag* und *Vattenfall* keine genaueren Angaben dazu machen, liegt der Verdacht nahe, dass menschenrechtliche Erwägungen eine Rolle bei der Lieferantenwahl gespielt haben.

Die *EnBW* jedoch belässt es bei kosmetischen Veränderungen. Das Unternehmen ist seit 2013 zwar transparenter geworden und macht mittlerweile konkrete Angaben zu einzelnen Lieferanten, doch diese offenbaren den enormen Umfang der Blutkohle-Importe. Im Jahr 2015 stammten nach eigenen Angaben 898.000 t Kohle von *Drummond* und 528.000 t Kohle von *Prodeco*. In Bezug auf die neuen Übergriffe stellt sich die *EnBW* auf den Standpunkt, dass der Zusammenhang zwischen den Übergriffen und der Kohleindustrie nicht nachgewiesen werden könne. Auf diese Weise bagatellisiert die *EnBW* die Sorgen und Nöte der zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort und lässt *Drummond* und *Prodeco* weiterhin gewähren.

Deshalb sind Sie gefragt, Herr Kretschmann: Das Land Baden-Württemberg ist der wichtigste Anteilseigner der *EnBW*. Die von Ihnen geführte Landesregierung bekennt sich klar zu Menschenrechten und verlangt von den Unternehmen mit Landesbeteiligung, die *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* zu beachten. Es ist daher nicht akzeptabel, dass die *EnBW* derart schwere Vorwürfe bezüglich Menschenrechtsverletzungen ignoriert, weil die Kohle von den betroffenen Anbietern so billig ist. Machen Sie Ihren Einfluss geltend, damit die *EnBW* dem Beispiel von *DONG Energy* folgt und die Lieferbeziehungen zu *Drummond* und *Prodeco* unterbricht, bis die Vorwürfe untersucht und konkrete Maßnahmen zugunsten der Opfer eingeleitet wurden.

Wir würden Ihnen weitere Hintergründe zu den Dialogen mit der *EnBW*, zu den Reaktionen anderer Energieversorger sowie der Kohlelieferanten gerne in einem persönlichen Gespräch darlegen.

Mit freundlichen Grüßen,